Wesen und Funktion der BIZ

Autor(en): Frédéric-Edouard Klein

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1977

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/d3e7c88c-cc00-4db9-bad1-afeae8171b79>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Frédéric-Edouard Klein

Wesen und Funktion der BIZ

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ist bekanntlich aus den Haager Vereinbarungen von Januar 1930 hervorgegangen. Zu diesen gehört auch das Abkommen, welches damals zwischen den Regierungen Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens sowie Japans einerseits und dem Schweizerischen Bundesrat andererseits über die Niederlassung der BIZ in der Schweiz zustande kam. Mit der anschliessenden Ratifizierung dieses Abkommens durch die Eidgenössischen Räte im Februar 1930 wurde zugleich, den übernommenen Verpflichtungen entsprechend, ein Grundgesetz verabschiedet, das ebenso wie die dazugehörigen Statuten die Sonderstellung der BIZ begründet.

Ihrem Wesen nach ist die BIZ eine gemeinsame internationale Organisation von Zentralbanken, worunter jene Institute – wie die Schweizerische Nationalbank oder die Deutsche Bundesbank – zu verstehen sind, denen die Regulierung des einheimischen Zahlungsmittelumschlages und des Kredits obliegt. Nach den Statuten hat denn auch die BIZ zur Aufgabe: a) die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und b) als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei den ihr aufgrund von Verträgen mit den beteiligten Parteien übertragenen internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken.

Der Aufbau der BIZ folgt, wenn auch mit einigen Ausnahmen, dem Vorbild der Aktiengesellschaft. Die Bank hat demgemäss ein Kapital, einen Verwaltungsrat und eine Generalversammlung.

Das genehmigte Kapital der BIZ beträgt zurzeit 1,5 Milliarden Goldfranken und zerfällt in 600 000 Namensaktien mit einem Nennwert von je 2500 Goldfranken. Davon sind bis heute 481 125 (zu 25% einbezahlte) Stücke ausgegeben worden, die sich zum weitaus grössten Teil in den Händen der Mitgliederzentralbanken befinden. Der erwähnte Goldfranken, der auch der Bilanz der Bank zugrunde liegt, entspricht einem Goldgewicht von 0,29 Gramm Feingold, d.h. der Definition der ehemaligen Lateinischen Münzunion und somit auch des «Vreneli». Er ist jedoch lediglich eine Rechnungseinheit oder m.a.W. ein einheitliches Wertmass zur Umrechnung von Gold und Devisen.

Die Verwaltung der BIZ liegt in den Händen des Verwaltungsrats, dem die Präsidenten der Zentralbanken Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens, der Niederlande, Schwedens und der Schweiz sowie fünf weitere Mitglieder angehören. Vorsitzender dieses Gremiums, das zehnmal im Jahr in Basel zusammentritt, ist Dr. Jelle Zijlstra, Präsident der Niederländischen Bank. Die eigentliche Geschäftsführung der BIZ wird indes, unter der Leitung des Generaldirektors

René Larre, von der in Basel anwesenden Direktion wahrgenommen, die ebenfalls international zusammengesetzt ist. Letzteres gilt – dies sei nebenbei bemerkt – auch vom übrigen Personal: insgesamt rund 300 Personen und 17 Nationalitäten. Etwa die Hälfte dieses Personals besteht indessen aus Schweizern. Die Amtssprachen der BIZ sind Deutsch, Englisch, Italienisch und Französisch.

In der Generalversammlung, die regelmässig im Juni in Basel tagt, treffen sich die Delegierten der Zentralbanken aus 29 Mitgliedsländern. Zu diesen gehören sämtliche europäischen Länder mit Ausnahme Albaniens, der DDR und der UdSSR sowie ferner fünf aussereuropäische Länder, nämlich Australien, Japan, Kanada, Südafrika und die USA. Nur die Zentralbanken sind an der Generalversammlung teilnahme- und stimmberechtigt, nicht dagegen die sogenannten Privataktionäre, die ungefähr ein Sechstel des Kapitals besitzen und über 33 Länder verstreut sind. Nach den Statuten werden nämlich die Stimmrechte von Aktien, welche sich in privaten Händen befinden, von der Zentralbank des Landes ausgeübt, in dem diese Aktien bei Ausgabe gezeichnet wurden.

Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, ist die BIZ durch die Haager Vereinbarungen und das Grundgesetz sowie in der Folge durch das Brüsseler Protokoll von 1936 und einseitige Regierungserklärungen im In- und Ausland mit einer Reihe von Vorrechten und Immunitäten ausgestattet worden. Was namentlich die Schweiz angeht, so bestimmt z.B. das Grundgesetz, dass die Bank, ihr Eigentum, ihre Aktien sowie alle Einlagen und andere ihr anvertraute Werte in Friedens- und in Kriegszeiten von allen Massnahmen wie Enteignung, Requirierung, Beschlagnahme usw. ausgenommen sind. Weitere Immunitäten

sind fiskalischer und jurisdiktioneller Art. Als internationale Organisation ist die BIZ, wie sich namentlich aus den Haager Vereinbarungen ergibt, Völkerrechtssubjekt. Ebenso steht nach dem Grundgesetz fest, dass ihre Statuten nicht dem Schweizer Recht unterliegen. Das Schweizerische Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen ist auf die BIZ nicht anwendbar. Streitigkeiten zwischen der Schweizerischen Bundesregierung und der BIZ über die rechtliche Stellung dieses Instituts in der Schweiz sind dem in den Haager Vereinbarungen vorgesehenen internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten. Ein solcher Streitfall, dies sei gleich hinzugefügt, ist bis heute nicht eingetreten.

Die Tätigkeit der BIZ hat sich seit ihrer Gründung stark entwickelt und reicht weit über das eigentliche Bankgeschäft hinaus. Denn die BIZ ist nicht nur eine Bank; sie ist zugleich ein Forschungszentrum für Währungs- und Wirtschaftsfragen und ferner, was mit den monatlichen Zusammenkünften des Verwaltungsrats in besonderem Zusammenhang steht, ein Zentrum der Begegnung oder – wie gelegentlich auch gesagt wurde – ein «Klub der Zentralbanken», jedenfalls aber ein ständiges Organ monetärer Zusammenarbeit.

Als Bank nimmt die BIZ Einlagen in Gold und Devisen – vorwiegend von Zentralbanken – entgegen. Diese Mittel werden im allgemeinen wieder anderen Zentralbanken zugeleitet oder sonstwie kurzfristig angelegt, wobei nicht nur die Marktlage, sondern ebenso währungspolitische Erwägungen Berücksichtigung finden. Wiederholt – noch in allerletzter Zeit – hat sich die BIZ an Aktionen zur Stützung bestimmter Währungen massgebend beteiligt. Auch interveniert sie gelegentlich, wenn sie von interessierten Zentralbanken dazu veranlasst wird, auf den

Devisen- und Goldmärkten. Generell ist indessen festzuhalten, dass die Geschäftstätigkeit der BIZ nach einer ausdrücklichen Bestimmung der Statuten stets mit der Währungspolitik der Zentralbanken der beteiligten Länder – und nicht nur der Mitgliedsländer – in Übereinstimmung sein muss. Die Bilanzsumme der BIZ überstieg Ende September 1977 den Betrag von 56 Milliarden Goldfranken.

Von Bedeutung ist im gleichen Zusammenhang die Rolle der BIZ als Treuhänder oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften. So ist die BIZ, um nur einige Beispiele zu nennen, weiterhin Treuhänder der Young-Anleihe von 1930, Pfandhalter für die bis 1961 aufgenommenen Anleihen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Agent des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Als Forschungszentrum ist die BIZ vor allem durch ihren Jahresbericht bekannt geworden. Dieser vom Generaldirektor allein unterzeichnete und in völliger Unabhängigkeit verfasste Bericht, der jeweils zur Generalversammlung in den vier Amtssprachen erscheint, gilt weithin als eine der besten Analysen der monetären und wirtschaftlichen Entwicklung der vorangegangenen zwölf Monate. Er ist zum überwiegenden Teil das Werk der Währungs- und Wirtschaftsabteilung. Weitere Studien dieser Abteilung gelten Spezialthemen und werden in der Regel nur den interessierten Zentralbanken zugänglich gemacht.

Was schliesslich die Rolle der Bank als Organ monetärer Zusammenarbeit angeht, so war schon vorhin von den Verwaltungsratssitzungen die Rede, zu denen sich regelmässig noch weitere Zusammenkünfte gesellen, mit Präsidenten oder hohen Funktionären anderer Zentralbanken oder anderer internationaler Organisationen. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang der Informations- und Meinungsaustausch unter Ländern der sogenannten Zehnergruppe, deren Zahlungsbilanzüberschüsse und -defizite von der BIZ laufend statistisch erfasst werden. In ähnlicher Weise wird hier auch die Eurogeldmarktstatistik geführt. Des weiteren jedoch stellt die BIZ das Sekretariat für den Ausschuss der Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, für den Verwaltungsrat des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit sowie für deren Unterausschüsse und Experten-Gruppen.

Diese Beispiele mögen genügen. Denn weit wichtiger als der formelle Rahmen ist die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens, ja sogar persönlicher Freundschaft, in der sich diese Zusammenkünfte abspielen. Der gemeinsame Wille wird hier erlebte Wirklichkeit. Es ist dies die beste Gewähr – trotz vergangener oder noch möglicher Rückschläge – für die weitere Entwicklung der währungspolitischen Kooperation im Schosse des Basler Instituts.